

## Terminkalender

### Bürgerforen zur Gesundheitspolitik

20. Feb. in Ribnitz-Damgarten, Eiscafe „Am Bodden“, 17 Uhr; Boddenklinik, 18.30 Uhr  
23. Feb. in Parchim, Rathaus, 19 Uhr

**Gesamtmitgliederversammlung** der Linkspartei Nordwestmecklenburg  
24. Feb. in Grevesmühlen, Malzfabrik

### Beratungen des Bundestages

26. Feb. bis 2. März, 5. bis 9. März, 19. bis 23. März  
26. bis 30. März

### Beratung des BRH

14. März in Ludwigslust

### Deutsch-Chinesische Wirtschaftskonferenz

15. März in Schwerin

### Parlamentarischer Abend der BAG Selbsthilfe

20. März in Berlin

### Parteitag der Linkspartei

24. März in Dortmund

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lübz, Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über  
Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

Jörg Möller  
Mobil: 0171.3604460  
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke  
Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

## Tornado-Einsatz in Afghanistan

# Dann folgen die Bomben

Für die Bundesregierung steht es fest: Deutsche Tornados werden nach Afghanistan entsandt. Das Kabinett hat am 7. Februar beschlossen, den Bundestag per Antrag aufzufordern, einen solchen Einsatz zu genehmigen. Mit dieser Entscheidung verstrickt sich Deutschland noch tiefer in einen Krieg, der militärisch nicht zu gewinnen ist. Bislang hatte die Bundesregierung immer den Eindruck zu erwecken versucht, die deutschen Soldaten in Afghanistan wären eigentlich mehr Uniform tragende Entwicklungshelfer. Das waren sie nie, erklärte Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, aber mit der Entsendung der Flug-

zeuge würde eine neue Stufe des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan eingeleitet. „Die deutschen Tornados werden Teil der von der NATO geplanten Frühjahrsoffensive; die von ihnen gelieferten Aufklärungsergebnisse dienen dazu, Angriffsziele festzulegen. Den deutschen Aufklärern werden NATO-Bomber folgen.“ Anfang Februar lehnten laut einer Umfrage 78 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bürger den Einsatz ab. Sie sollten sich bei ihren Abgeordneten Gehör verschaffen, bis im März die Entscheidung im Parlament fällt. Die Mitglieder der Linksfraktion werden im Bundestag mit Nein stimmen.

## Arbeit ohne Geld und Versicherung

# Für faire Praktika

Früher machte man ein Praktikum nach dem Schulabschluss oder während der Studienzeit, um Praxiserfahrungen zu sammeln. Zudem galt es als Sprungbrett für eine Anstellung. Wer heute ein Praktikum antritt, hat häufig einen Studienabschluss. Viele durchlaufen ein Praktikum nach dem anderen, immer mit der Hoffnung auf eine feste Stelle. Die meisten arbeiten, ohne einen einzigen Cent zu erhalten und ohne soziale Absicherung. Oft müssen Partner, Eltern oder Großeltern helfen, die jungen Leute über Wasser zu halten. Das ist schlimm genug. Hinzukommt, dass Unternehmer die Praktika nutzen, um reguläre Arbeitsver-

hältnisse abzubauen. Auch für Praktika in Bundesministerien und im Bundeskanzleramt wird „eine Vergütung grundsätzlich nicht gewährt“. Das erfuh die Linksfraktion auf eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung. Allein im Auswärtigen Amt sind pro Jahr über 300 Praktikantinnen und Praktikanten tätig. Angesichts der Missstände fordert DIE LINKE. eine gesetzliche Regelung, die für Praktika unter anderem eine Vergütung und eine Befristung vorschreibt. Wer ein Praktikum in der Linksfraktion macht, erhält eine Vergütung von mindestens 300 Euro pro Monat und bekommt ein Zeugnis ausgestellt.



Februar/März 2007

Unsozial: Gesundheitsreform, Rente erst ab 67, Praktika ohne Geld. Mit dem Tornado-Einsatz in Afghanistan droht eine weitere Verstrickung in den Krieg. Die LINKE. hält dagegen.

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Eine Versicherung von allen für alle

„Was macht ihr da in Berlin?“ Diese Frage höre ich häufig, oft verbunden mit dem Vorwurf, was „die da in Berlin machen“. Mit dieser kleinen Schrift möchte ich künftig darüber informieren, was ich, was wir – die Abgeordneten der Linksfraktion – hier im Bundestag treiben. Zugleich möchte ich deutlich machen, dass „die da in Berlin“ sehr unterschiedliche Ziele haben. Beispielhaft dafür ist die Gesundheitsreform. Auch wenn die Regierung das Gegenteil predigt: Eine preiswerte Gesundheitsversorgung für alle ist möglich. Unsere Vorschläge würden allen Menschen die Chance eröffnen, gesund auf die Welt zu kommen, darin möglichst lange und gut zu leben und mit Würde

zu sterben. Natürlich kostet das Geld, viel Geld. Deshalb wollen wir eine solidarische Pflichtversicherung für alle. Von allen – egal ob Arbeiter, Friseur, Rechtsanwalt, Beamtin, Unternehmer oder Ministerin – wird ein einheitlicher prozentualer Betrag vom Einkommen erhoben. Leute mit hohen und sehr hohen Bezügen würden dort ebenfalls einzahlen – statt wie meist bisher in eine Privatkasse. Beitragspflichtig sind alle Einkommensarten, also auch Kapital-, Miet- und Zinseinkünfte. Bei Arbeitnehmern bleibt es dabei, dass der Arbeitgeber den Beitrag zur Hälfte übernimmt. Aber auch hier denken wir weiter: Wir wollen als Basis für den Beitrag der Arbeitgeber die Wertschöpfung (vereinfacht

gesagt: den Gewinn) des Unternehmens heranziehen. Bei einer solidarischen Pflichtversicherung würde ein Beitragssatz von zehn Prozent – gegenüber jetzt fast 15 Prozent – ausreichen. Dabei könnten alle bisherigen Sonderbeiträge, Zuzahlungen und die Praxisgebühr wegfallen und auch noch neue Leistungen finanziert werden. Im Krankheitsfall könnten alle eine sinnvolle und wirksame Hilfe erhalten, eine bedarfsdeckende Regelversorgung, wie die Fachleute sagen. Es muss um den Menschen gehen und nicht darum, wie es sich „rechnet“.

*Dr. Martina Bunge ist Mitglied der Linksfraktion im Bundestag und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses*

## Auf den Punkt

„Zuerst wird eine Unternehmenssteuerreform vorgeschlagen, die Milliarden-Löcher in die öffentlichen Kassen reißt. Diese sollen dann mit zusätzlichen Sparpaketen geschlossen werden.“  
Axel Troost, Fraktion DIE LINKE.

# DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

# Nein zur Rente erst ab 67

Vor 91 Jahren, 1916, wurde das Renteneintrittsalter von 70 auf 65 Jahre gesenkt. Jetzt, 2007, geht es um eine Erhöhung. Sie erfolgt schrittweise ab 2012 – bis es 2029 im Normalfall erst ab 67 Rente gibt.

Meine Fraktion, DIE LINKE., stellt sich im Bundestag als einzige entschieden gegen diesen Plan der Bundesregierung. Wir halten diese Anhebung vor allem für ein Rentenkürzungsprogramm. Für die junge Generation bedeutet dieses Vorhaben noch geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Befürworter der Rente erst ab 67 bringen vor allem zwei Argumente vor: Sie verweisen darauf, dass die Menschen immer älter werden und immer früher in den Ruhestand gehen und deshalb die Rentenbezugszeiten immer länger werden. Diesen höheren Ausgaben, so das zweite Argument, würden immer weniger Einnahmen gegenüberstehen.

## Viele sind schon krank

Tatsächlich sind viele Menschen schon vor dem 65. Lebensjahr nicht mehr in Arbeit. Das hängt erstens damit zusammen, dass viele einfach krank sind und nicht mehr arbeiten können. Hohe physische und psychische Belastungen im Beruf führen häufig zu Frühverrentungen.

Die Bundesregierung verweist gern auf die beabsichtigte Sonderregelung, der zufolge Beschäftigte nach 45 Versicherungsjahren unabhängig vom Alter abschlagsfrei in Rente gehen könnten. Das soll verhindern, dass Beschäftigte mit schwerer körperlicher Tätigkeit – wie Dachdecker – bis 67 arbeiten müssen. Fachleute verweisen aber darauf, dass gerade die Dachdecker oft vorzeitig erwerbsunfähig sind und es gar nicht auf 45 Jahre bringen. Zweitens hat der frühe Rentenbeginn mit der hohen Erwerbslosigkeit unter Älteren zu tun. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, hat die Bundespolitik in den 90er Jahren die Frühverrentung massiv gefördert. Stattdessen hätte sie mehr tun müssen, damit Menschen in Arbeit kommen – durch öffentliche Investitionen und öffentlich geförderte Beschäftigung, Verkürzung der Arbeitszeit und Überstundenabbau. Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Geld in der Rentenkasse. Diesen Effekt hätten auch höhere Löhne und Gehälter. Deshalb ist ein Mindestlohn von acht Euro, wie ihn die Linkspartei fordert, zusätzlich gut für die Rente.

Was so gut wie gar nicht zur Sprache kommt, ist der Stand der Produktivität. In gleicher Zeit werden immer mehr Produkte hergestellt und

Dienstleistungen verrichtet. Dieses qualitative Wachstum findet bisher keine Berücksichtigung. Deshalb ist zum einen die Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung über die Arbeitnehmerschaft hinaus erforderlich. 40 Prozent der Einkommen stammen heute aus Selbstständigkeit, Unternehmertum und Vermögen, wofür keine Rentenbeiträge fließen. Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen – schrittweise eingeführt – wäre deshalb wichtig.

## Gewinne sind entscheidend

Zum anderen richten sich seit Bismarcks Zeiten die von den Firmen abzuführenden Sozialbeiträge nach der Lohnsumme. Das begünstigt die Unternehmen, die hohe Gewinne mit wenigen Beschäftigten erzielen. Firmen mit hoher Personalintensität hingegen werden benachteiligt. Wir schlagen deshalb – wie bei der Krankenversicherung – eine Wertschöpfungsabgabe vor, die auf Unternehmerseite den Gewinn zum Maßstab der Sozialbeiträge macht.

Eine sozial gerechte Rentenversicherung macht eine Anhebung des Renteneintrittsalters überflüssig. Nötig wären stattdessen eine Flexibilisierung des Rentenalters und eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente.

*Dr. Martina Bunge*

Anhörung und Aktuelle Stunde

# Gerecht? Ungerecht!

„Rente mit 67“ – dagegen protestierten Ende Januar/Anfang Februar bundesweit zehntausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Parallel dazu brachte die Linksfraktion das Thema gleich zweimal ins Parlament.

Am 30. Januar lud sie zu einer **Anhörung**, auf der Fachleute belegten, dass die Regierungspläne unsozial, kontraproduktiv für den Arbeitsmarkt und unnötig sind. Gäste der Anhörung waren unter anderem Klaus Wiesehügel (Vorsitzender der IG-Bauen-Agrar-Umwelt), Gunnar Winkler (Präsident der Volkssolidarität), Brigitte L. Loose (Deutsche Rentenversicherung – Bund) und Hans-Jürgen Urban (Leiter der Grundsatzabteilung bei der IG-Metall). Am 1. Februar befasste sich der Bundestag auf Antrag der

LINKEN in einer **Aktuellen Stunde** mit der Rente ab 67. Es wurde eine Stunde des Streits um die Zulässigkeit von politischen Streiks. Fraktionschef Oskar Lafontaine verwies auf eine Umfrage. Ihr zufolge meinen 60 Prozent der Bevölkerung, es gehe in Deutschland ungerecht zu; 60 Prozent der Parlamentarier indes meinen, es gehe gerecht zu. Noch nie, so Lafontaine, habe sich die Volksvertretung so weit vom Volk entfernt. Deshalb sei es notwendig, in Deutschland ebenso wie in vielen Ländern den politischen Streik zuzulassen, „damit die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich gegen unsoziale Maßnahmen zur Wehr zu setzen“. Die Linksfraktion hat bereits am 2. September 2006 mit einem Antrag das Recht auf Generalstreik gefordert. *(DS 16/2681)*

Arbeitsgruppe Rentenüberleitung

# Contra Vereinigungsunrecht

Ein Dauerbrenner ist die Überleitung der DDR-Renten und -Versorgungsansparungen in bundesdeutsches Recht. Viele Besonderheiten der DDR fanden damals, Anfang der 90er Jahre, keine Berücksichtigung. Zudem sollten per Rentenüberleitung „systemnahe“ Personen abgestraft werden. Bei der Fraktion hat sich, geleitet von MdB Martina

Bunge, eine AG Rentenüberleitung konstituiert. Ihr geht es um die Schließung von Überführungslücken, die Abschaffung des Versorgungsrechts und die völlige Beseitigung des Rentenstrafrechts. In der Gruppe arbeiten Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, in der Regel selbst Betroffene. Im Ergebnis soll ein Antragspaket entstehen.

## Drucksache

### Entschädigung für Ostgaragen.

Seit Jahresbeginn können Grundstückseigentümer Pachtverträge für Garagen in Ostdeutschland entschädigungslos kündigen und die Pächter an den Abrisskosten beteiligen. DIE LINKE. will eine Anknüpfung von Entschädigungsleistungen an den Zeitpunkt der Bauwerke durchsetzen. *Gesetzentwurf, DS 16/1736*

### Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I verlängern.

Die Rückkehr zu einer solidarischen Arbeitslosenversicherung soll den Lebensstandard von Erwerbslosen sichern und der Enteignung (lange Einzahlung, kurze Bezugsdauer) entgegenwirken. *Antrag, DS 16/3538*

### Unrecht des Kalten Krieges.

Auch in der frühen Bundesrepublik gab es politische Verfolgung. Kriminalisiert wurden vor allem Menschen, die maßgeblich am Widerstand gegen den Faschismus beteiligt waren und verfolgt wurden. *Antrag, DS16/3934*

### Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer.

Der Steuersatz soll ein Prozent auf alle Geschäfte mit Wertpapieren betragen. Die Steuer wirkt stabilisierend auf die Finanzmärkte und sorgt für mehr Steuererechtigkeit. *Antrag, DS 16/4029*